

Input „Politische Bildung in Zeiten menschenfeindlicher Mobilisierungen“

Sehr geehrte Damen und Herren,
Liebe Aktive aus dem Bezirk,

auch ich freue mich, Sie heute im Namen des gesamten Teams des Zentrums für Demokratie auf der Konferenz „Demokratie gestalten – Politische Bildung für Treptow-Köpenick“ begrüßen zu dürfen. Ich werde in den nächsten 15 Minuten diesen Titel in seine Einzelteile zerlegen und hoffe, so Impulse für die weiteren Gespräche und Diskussionen setzen zu können.

Was verstehen wir eigentlich unter Politischer Bildung? Und wie steht diese im Zusammenhang mit der Gestaltung einer demokratischen Gesellschaft?

Politische Bildung soll Menschen dazu befähigen, politische und gesellschaftliche Zusammenhänge zu verstehen und für sich selbst eine Position entwickeln. Dies bedeutet *im besonderen Maße* die Förderung von Kritik- und Urteilsfähigkeit. So werden nicht nur individuelle Kompetenzen von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen gestärkt, sondern der Blick für gesellschaftliche Aushandlungsprozesse und Problemlagen geschärft. Damit wird der Weg zu gesellschaftlicher Teilhabe und politischen Partizipation geebnet, und kollektives Engagement statt neoliberaler Vereinzelung gefördert.

Wichtig ist dabei eine *aktive Auseinandersetzung* mit Menschenfeindlichkeit und Diskriminierung. Als Zentrum sehen wir die aktive Positionierung für demokratische Werte als Grundpfeiler einer solidarischen und vorurteilsfreien Gesellschaft. Dies bedeutet auch, Menschenfeindlichkeit gesamtgesellschaftlich in den Blick zu nehmen und Diskriminierung nicht nur am rechten Rand zu sehen. Hierbei öffnet politische Bildungsarbeit Raum, um Denkprozesse anzustoßen und auch bestehende *gesellschaftliche Strukturen kritisch* zu hinterfragen.

Politische Bildung fördert die aktive Auseinandersetzung mit aktuellen Diskursen über Wissensvermittlung hinaus. Im Angesicht derzeitiger Entwicklungen bewegt sich unsere politische Bildungsarbeit in einem Spannungsfeld zwischen Willkommenskultur und der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit Migrations- und Fluchtbewegungen auf der einen Seite, und dem Vorgehen gegen rechte und alltagsrassistische Vorfälle andererseits. Vorurteilsfreie Bildungsarbeit bedeutet für uns, gegen die Homogenisierungen von Gruppen vorzugehen und die Individualität und Würde von Menschen jenseits von Gruppenzugehörigkeit zu stärken. Dementsprechend sind auch die Auseinandersetzung mit Geschlechterverhältnissen, der Feindlichkeit gegen schwule/lesbische/bi/und Transmenschen, Behindertenfeindlichkeit,

Sozialchauvinismus und soziale Ungleichheit, auch im globalen Kontext, relevant in der politischen Bildung.

Politische Bildung soll Interesse und Begeisterung wecken, Wissen vermitteln und so zur gesellschaftlichen Teilhabe befähigen. Es geht hierbei nicht um „Erziehung“ zum politischen Subjekt, sondern um die Begleitung auf dem Weg zu Partizipation und Teilhabe.

Vielleicht fragen Sie sich, warum machen wir überhaupt diese Konferenz? Warum nicht bei den Formaten, die wir bisher schon nutzen, bleiben?

Zum einen aufgrund der aktuellen Verhältnisse, und der Notwendigkeit, die Relevanz politischer Bildungsarbeit mit vielen verschiedenen Akteur_innen neu zu erkennen und zu hinterfragen.

Ich habe – wie wahrscheinlich viele von Ihnen auch - in den letzten Wochen und Monaten unzählige Diskussionen um rechtspopulistische Inhalte und Positionen geführt. Hierbei beobachte ich eine Verrohung der Sprache, meist wenn über Geflüchtete, Presse oder demokratisches Engagement gesprochen wird. Das Ziel von Personen und Gruppen, welche solche Sprache anwenden ist es nicht, eine offene und kritische Diskussion anzuregen, sondern vielmehr die Diskurse nach rechtsaußen zu verschieben. Das „Unsaybare“ wird sagbar, und wenn es gesagt wurde, dann ist es auch machbar.

Dem Zentrum für Demokratie wurde vor kurzem vorgeworfen, als „rechtstaatswidrige Parallelinstitution“ „ein zweifelhaftes Demokratieverständnis“ zu haben. Zweifelhaft ist es viel eher, wenn Menschen unter dem Bezug auf Meinungsfreiheit versuchen, andere demokratische Grundrechte – wie auf freie Entfaltung der Persönlichkeit oder beispielsweise Religionsfreiheit - zu delegitimieren. Hier zeigt sich, wie angreifbar Anbieter_innen von politischer Bildung sind, wenn sie Diskriminierung thematisieren und Räume zur Diskussion öffnen.

Ein wichtiger Auftrag der politischen Bildung, aber auch der aktiven Bürgergesellschaft ist es daher, diese Diskursräume mit eigenen Inhalten zu füllen. Es heißt Einzustehen für demokratische Werte. Pluralistisch, unabhängig und überparteilich. Demokratie bedeutet mehr als ein Kreuz am Wahltag zu machen, es bedeutet, dafür einzustehen, dass alle Menschen ein Recht auf Gleichbehandlung und Schutz vor Diskriminierung haben, auf persönlicher und institutioneller Ebene.

Es bedeutet, Vielfalt und Veränderungen in der Gesellschaft anzuerkennen und auf Inklusion statt Ausgrenzung zu setzen.

Und es bedeutet auch, dass wir demokratisch streiten lernen – und dabei wissen, dass wir es für etwas tun, und nicht nur, um uns an Gegenpositionen abzuarbeiten.

Zum anderen machen wir diese Konferenz, weil demokratische politische Bildungsarbeit nur mit der Unterstützung und durch das Einbringen vieler möglich ist. Wir möchten den Austausch von Menschen untereinander fördern, kollektive Prozesse anstoßen und

Netzwerke stärken. Wir möchten einen gleichberechtigten Austausch auf Augenhöhe mit so vielen Menschen und Akteur_innen aus unterschiedlichen Bereichen wie möglich.

Und daher freue ich mich, hier heute Lehrer_innen, Sozialarbeiter_innen, aber auch Personal aus der Verwaltung und Politiker_innen der demokratischen Parteien zu sehen. Denn eine demokratische Kultur ist darauf angewiesen, dass möglichst viele bereit sind, gesellschaftlich Verantwortung zu übernehmen.

Oder, wie es der Arbeitsausschuss für Politische Bildung schon 1998 in einer Erklärung formulierte: „Politische Bildung hat eine *beträchtliche Bedeutung* für die Zukunftssicherung unserer Demokratie.“ Lassen Sie uns also gemeinsam mit Blick auf die Zukunft heute – und hoffentlich darüber hinaus – zusammen arbeiten.

Warum für Treptow-Köpenick?

Der Bezirk, in dem viele von uns arbeiten, leben und wohnen, verändert sich wie auch Berlin als Hauptstadt permanent. Es gibt neue Herausforderungen, aber auch Chancen für die Berliner Stadtgesellschaft und für die Stadtteile in Treptow- Köpenick. Wir sind ein *kommunales* Zentrum für Demokratie – eingerichtet durch einen Beschluss der Bezirksverordnetenversammlung 2004 und so ist es uns selbstverständlich wichtig, auf kleiner, lokaler Ebene zu wirken und Prozesse zu begleiten und anzustoßen.

Insgesamt hat der Bezirk mittlerweile 14 Unterkünfte für Geflüchtete, um deren Eröffnung es zum Teil rassistische Proteste gab, die Bundeszentrale der NPD befindet sich zentral in Köpenick, und lange Zeit war auch Schöneweide ein Ort mit gestärkter extrem rechter Infrastruktur und ein Angstraum. Menschenfeindlichkeit und Diskriminierung kommen auch hier vor und sind keine Probleme, welche weit weg sind. Dies ist einer der Gründe, warum die Partnerschaften für Demokratie in Treptow-Köpenick und gezielt in Schöneweide angesiedelt sind, um langfristig rechtsextremen und menschenfeindlichen Positionen den Boden zu entziehen.

Wir sehen aber auch, wie viel bürgerschaftliches und ehrenamtliches Engagement in den letzten Monaten gewachsen ist. Wie viel sich – im Kleinen wie im Großen – zeigt, dass Menschen füreinander einstehen. Und dass darunter viele Menschen sind, die ihre ersten Erfahrungen mit gesellschaftlichen Engagement machen. Auch diese brauchen politische Bildung, um beispielsweise der Bedrohung von Unterstützer_innen von Geflüchteten argumentativ begehen zu können, aber auch, um einen Umgang mit der eigenen Position als „Helfer_in“ zu entwickeln.

Uns war es wichtig, diese Konferenz mit einem breiten Vorbereitungskreis gemeinsam auszurichten, und ich bin sehr dankbar für die vielen inhaltlichen Diskussionen, die hierbei schon im Vorfeld geführt worden sind. Diese Konferenz ist dazu angedacht, *mit Ihnen* Bedarfe zu formulieren und darauf ableitend gemeinsame Ziele zu entwickeln, um politische Bildung im Bezirk zu stärken und konkrete Strategien längerfristig anzudiskutieren. Es geht uns um den *gemeinsamen Austausch* mit Ihnen, denn eine

demokratische Gesellschaft wird von vielen gemacht und schließt unterschiedliche Positionen und Handlungsfelder ein.

In diesem Sinne hoffe ich, dass wir heute und darüber hinaus gemeinsam den Begriff der politischen Bildung mit Leben füllen, um aktiv an der Gestaltung der demokratischen Gesellschaft im Bezirk mitzuwirken.

Lassen Sie uns gemeinsam Räume öffnen, in der für demokratische Werte gestritten wird. Gemeinsam. Pluralistisch. Und mit Blick auf die Zukunft.